

Demokratie nach der offenen Zukunft –

Zur Frage demokratischer Legitimität im Zeichen irreversibler Prozesse

Seit den religiösen und technologischen Umbrüchen der Neuzeit sind politische Prozesse mit der Erwartung einer offenen Zukunft verknüpft, die sich durch menschliches Handeln gestalten lässt. (Reinhart Koselleck) Damit war eine Veränderung der Grundlagen politischer Legitimität verbunden, die sich allmählich zu einem Synonym demokratischer Legitimität verselbständigte: Demokratische Legitimität beruht nach dieser Auffassung auf der Vorstellung – „of things not coming to a sudden end.“ (Jonathan White 2024)

Konkret wird diese Legitimität systemisch zum einen durch die institutionell garantierte Revidierbarkeit demokratischer Entscheidungen und zum anderen durch fortbestehende Wahrnehmung staatlicher Handlungsfähigkeit sichergestellt. Gerade hier zeigt sich aber die Fragilität demokratischer Legitimität: Sie lebt von der Annahme, dass politische Entscheidungen revidierbar bleiben, stößt aber in der Realität immer wieder auf Prozesse, die faktisch irreversibel sind – sei es durch ökonomische Pfadabhängigkeiten, ökologische Grenzen oder symbolische Schließungen des Diskurses. Legitimität gerät so in ein Spannungsverhältnis zwischen dem demokratischen Versprechen der offenen Zukunft und der Erfahrung der Irreversibilität.

Dieses Panel soll der Frage nachgehen, was geschieht, wenn sich der offene *Erwartungshorizont*, aus dem die Demokratie auch ihre geschichtsphilosophische Idee des fortwährenden Fortschritts herleitet, zu schließen beginnt. Damit verknüpfen sich Fragen nach der Legitimität und Stabilität demokratischer Ordnungen. Was geschieht beispielsweise, wenn Entscheidungen im Kontext der Klimakrise – ebenso wie Nichtentscheidungen – irreversible Folgen zeitigen, die von zukünftigen Mehrheiten nicht mehr revidiert werden können? In welchem Zusammenhang steht der globale Aufstieg der radikalen Rechten zu der Beobachtung, dass sich die Erwartung an die Zukunft verdüstert haben und die Sorge vor Verlusten die Hoffnung auf Verbesserungen überwiegt? Und schließlich: Kann Demokratie auch ohne die Prämisse einer offenen Zukunft bestehen? Es werden Einreichungen begrüßt, die sich mit dem Verhältnis von Demokratie und Offenheit beziehungsweise Geschlossenheit aus einer zeitlichen, rechtlichen und materiellen Perspektive befassen (Stichwort *Klimakrise*, *Verrechtlichungsdebatte*, *ökonomische Pfadabhängigkeiten*), die die Prämisse der Handlungsfähigkeit demokratischer Systeme (Stichwort *Unregierbarkeitskrise*) thematisieren oder die geschichtsphilosophischen Grundlagen demokratischer Ordnungen reflektieren.